

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 60 (1968)
Heft: 4

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sie hat die gleichen Ziele und Aufgaben, die sich die amerikanische Foundation gestellt hat.

Die britische Foundation geht dem Problem der Milderung der durch Automation entstandenen Arbeitslosigkeit mit ihren eigenen Methoden nach, unter Berücksichtigung der Einwirkung des Gemeinsamen Marktes. Beide Organisationen, die amerikanische wie die britische, arbeiten auch mit anderen Verbänden zusammen, namentlich mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Dr. W. Schweisheimer, New York

Zeitschriften-Rundschau

Die Frau und das Stimmrecht

In einer solothurnischen Industriegemeinde mit 3600 Einwohnern, die im Einzugsgebiet zweier größerer Industriezentren liegt, wurde im Herbst 1966 auf Initiative einer parteipolitisch unbundenen Jugendgruppe eine erweiterte Probeabstimmung unter den Frauen durchgeführt. Der Erhebung lagen zwei Hauptfragen zugrunde: «Welches ist die Einstellung der Frauen zum aktiven und passiven Wahlrecht? Wenn sie es wollen, wünschen sie es in allen vier politischen Bereichen (Kirchgemeinde, Einwohner- und Bürgergemeinde, Kanton und Bund)?» Und zweitens: «Lassen sich die ablehnenden, beziehungsweise befürwortenden Frauen durch soziale Merkmale charakterisieren?» Das Ergebnis dieser Umfrage kommentiert nun Karl Weber in Heft 2 der «Schweizer Rundschau» (Solothurn). Von den 1000 Frauen der Gemeinde wurden durch ein in den Sozialwissenschaften erprobtes Auswahlverfahren 216 bestimmt und befragt. Hierbei kam man zu folgenden Ergebnissen: 1. Je älter die befragten Frauen, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer negativen Einstellung zum Frauenstimmrecht. 2. Bezüglich des Einflusses der Konfession ergab sich, daß bei den älteren Frauen die katholische Konfessionszugehörigkeit – zusätzlich zum Faktor Alter – eine ablehnende Haltung dem

Frauenstimmrecht gegenüber begünstigt. Bei den jüngeren Frauen scheint der Faktor «katholische Konfession» keinen Einfluß auf die Einstellung zu haben. 3. Frauen aus bessergestellten Bevölkerungsschichten stehen dem Frauenstimmrecht aufgeschlossener gegenüber. 4. Nur ein geringer Anteil der befragten Frauen sprach sich für ein aktives Stimm- und Wahlrecht in allen vier Bereichen (Kirchgemeinde, Einwohner- und Bürgergemeinde, Kanton und Bund) aus. Die Mehrheit wünscht das Stimm- und Wahlrecht nur in Kirchen- und Gemeindeangelegenheiten, in diesem Sektor scheinen ihr die Probleme noch überschaubar und regen sie zu einem politischen Engagement an. Diese interessante Studie enthält viel wertvolles Zahlenmaterial, das wichtige Hinweise für eine eventuelle Intensivierung des Kampfes um das Frauenstimmrecht bietet. Ergänzend zu diesem Beitrag veröffentlicht die Rundschau im Anhang als Postkriptum die Abstimmungsergebnisse der Männer über das Frauenstimmrecht im Kanton Solothurn vom 17./18. Februar 1968.

Österreich gedenkt des 12. März 1938

In dem halbmonatlich erscheinenden Organ der SPÖ, «Die Zukunft» (Heft 5), gedenkt Professor Vincenz Ludwig Ostry des 12. März 1938. Am Morgen dieses denkwürdigen Tages überschritten

deutsche Truppen die österreichische Grenze und besiegelten das Ende des österreichischen Staates. Der Autor bemüht sich, in einem kurzen kritischen Überblick herauszuarbeiten, warum es zu diesem Verschwinden Österreichs von der europäischen Landkarte kommen mußte. Er läßt nochmals die damalige Situation auferstehen und schildert die durch den unglücklichen Friedensvertrag von 1919 entstandene Problematik des neuen Staates Österreich, die zur Diktatur Dollfuß führte. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, die bei den letzten freien Wahlen die größte Zahl der Wählerstimmen auf sich vereinigt hatte, wurde nach dem Bürgerkrieg vom Februar 1934 verboten und in die Illegalität gedrängt. Die Freien Gewerkschaften waren durch Staatsgewerkschaften mit Funktionären, die von der Obrigkeit ernannt wurden, ersetzt worden. Diese Situation änderte sich auch nicht unter dem Dollfuß-Nachfolger Schuschnigg, der einer Regierung ohne Basis im Volke vorstand und dem somit die Kraft fehlte, den Forderungen Hitlers die Stirne zu bieten. Der Artikel Ostrys ist besonders jenen zu empfehlen, die diese Zeit nicht mehr erlebt haben oder sich dieser Ereignisse nur noch dunkel erinnern.

Auch das monatlich erscheinende Organ des österreichischen Gewerkschaftsbundes «Arbeit und Wirtschaft» (Heft 3) befaßt sich mit den März-Ereignissen des Jahres 1938. Hier handelt es sich nicht um einen Überblick über die damalige politische Situation Österreichs, sondern Franz Danimann versucht, protokollartig die Geschehnisse des 11. März 1938 festzuhalten. Er beginnt in seinen Aufzeichnungen mit dem frühen Morgen des schicksalhaften Tages, als ein Aufruf der illegalen Revolutionären Sozialisten, bei der für den folgenden Sonntag anberaumten Volksabstimmung trotz aller Gegensätze zu der Regierung mit einem Ja für Österreich zu stimmen, in die Setzerei gebracht wurde. Er berichtet weiter, daß um 8 Uhr früh auf den Straßen und Plätzen Wiens Frauen und Männer diese Wahlflugblätter verteilten und daß in vielen Betrieben Kampfstimmung herrschte. Doch diese Kampfstimmung schwand in den folgenden

Stunden als Folge vieler deprimierender Nachrichten mehr und mehr. Österreich stand allein, ohne jede Unterstützung von außen. Das Protokoll Danimanns endet um 21 Uhr mit dem Inkrafttreten von Hitlers Weisung Nr. 2: «... der Einmarsch wird bei Tagesanbruch am 12. März beginnen.»

Richtigerweise behandelt «Arbeit und Wirtschaft» dieses Thema nicht nur in bezug auf die Vergangenheit, sondern es wird auch der Versuch gemacht, daraus Schlüsse und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Diese Aufgabe hat der streitbare Sozialist Josef Hindels übernommen. In seinem Beitrag «Von Hitler zu Thadden» analysiert und untersucht er die allgemeinen Gefahren, die von der NPD ausgehen und versucht, ihren speziellen Einfluß auf Österreich aufzuzeigen. Hierbei kommt er zu folgenden Feststellungen: «Zunächst müssen wir erkennen, daß der Einbruch der nazistischen Ideologie in Teile der österreichischen Bevölkerung nur möglich war, weil im Februar 1934 die Demokratie zerstört, die Verfassung gebrochen und die große, traditionsreiche Arbeiterbewegung in die Illegalität gedrängt wurde. Die Abwehr aller Angriffe auf die Demokratie ist daher zugleich die beste Verteidigung gegen den Neonazismus. Es gilt, den autoritären Anfängen zu wehren! Hinzu kommt, daß die Österreicher in der Ersten Republik in ihrer Mehrheit an die Lebensfähigkeit eines selbständigen Österreichs nicht geglaubt haben und ein österreichisches Nationalbewußtsein nur schwach entwickelt war. Daraus ergibt sich die Erkenntnis, daß ein starkes österreichisches Nationalbewußtsein, verbunden mit einem klaren Bekenntnis zur österreichischen Nation, eine wirksame Abwehr gegen die großdeutsche und neonazistische Infiltration ist. Nicht von ungefähr sind die alten und die neuen Nazis fanatische Gegner des Begriffes: Österreichische Nation.»

Hinweise

In Heft 3 des monatlich erscheinenden Organs der SPS «Profil» behandelt Monica Blöcker den Problemkreis «Vietnam-China», Professor Fechner überschreibt seinen Beitrag mit «Gesund-

heitspolitische Ausblicke», Otto Schmidt setzt sich unter dem Titel «Provokateur oder Moralist» mit dem neuesten Stück von Rolf Hochhuth, «Soldaten», auseinander, J.W.Brügel beleuchtet die Geschichte des gefälschten Sinowjew-Briefes aus dem Jahre 1924, der mit dazu beitrug, die erste englische Arbeiterregierung zu stürzen, Alfred Joachim Fischer analysiert unter dem Titel «Revolution und nicht Dogma» die Problematik Kubas, und Georg Scheurer skizziert die Hintergründe des kürz-

lichen Presseskandals, der durch eine falsche Wiedergabe einer Äußerung Willy Brandts hervorgerufen wurde.

Im politischen und wirtschaftlichen Teil der März-Nummer der «Schweizer Monatshefte» erläutert Willy Zeller unter der Überschrift «Die EWG und die Neutralen» die Positionen und ihre Wandlungen während der zehnjährigen Integrationsgeschichte, und John Maddox befaßt sich mit der «Verbreitung der nuklearen Verfahrenskunde in der Welt».

Otto Böni

Buchbesprechungen

Friedrich Beutter: Zur sittlichen Beurteilung der Inflation, Grundsätze und Maßstäbe. Verlag Herder, Freiburg i. Br., Basel, Wien. Oktav, 190 Seiten. Kartiert DM 18.—.

Klagen über die heutige schleichende Inflation sind sehr berichtigt, sie helfen aber nicht weiter. Wir müssen die Inflation aktiv zu bekämpfen suchen. Wir müssen uns fragen: Auf welchen Ursachen beruht die heutige Inflation? Wer ist für sie verantwortlich? Welche Schäden verursacht die Inflation? Wie könnte sie bekämpft werden? Wie ist sie sozialetisch zu beurteilen? Die richtigen Antworten auf diese Fragen zu finden ist aber keineswegs leicht. Wir möchten deshalb hinweisen auf die eingangs erwähnte Schrift, deren Autor die Inflation gründlich analysiert und sich mit ihr vom sozialetischen Standpunkt aus eingehend auseinandersetzt.

Der Verfasser geht als Nationalökonomie und Moraltheologe all den oben aufgeworfenen Fragen gewissenhaft und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit nach.

Im ersten Teil seiner Schrift erarbeitet er die Grundsätze und Maßstäbe für eine kritische und sittliche Beurteilung der Inflation. Er untersucht die Stellungnahme des Altertums, der Bibel und des Mittelalters zur Geldentwertung. Er kommt dadurch zu grundlegenden Erkenntnissen, von denen wir nur die folgenden erwähnen wollen:

Das Geld ist nicht Sache der obersten staatlichen Behörden allein, es ist Sache des ganzen Volkes. Der Wert des Geldes wird sehr stark durch die allgemeine Einstellung zum Gelde bestimmt. Die Geldordnung ist eine unantastbare Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Willkürliche Geldwertänderung ist Betrug, denn durch willkürliche Geldwertänderungen wird der allgemeine Maßstab zur Messung wirtschaftlicher Güter und Leistungen verfälscht. Inflation ist Betrug, Diebstahl und Aushöhlung des Privateigentums. Habsucht, unbeherrschtes Gewinnstreben und ungezügelter Streben nach Einkommenssteigerung gefährden stets den Geldwert.

Im zweiten Teil seiner Schrift untersucht F. Beutter die heutige schleichende Inflation, ihre Ursachen, ihren Ablauf und ihre Folgen. Er zeigt auf, welche Rolle die Konsumgüternachfrage, die Investitionen, die Ausgaben- und Steuerpolitik des Staates und die Nachfrage des Auslandes (Import und Export), Monopole und Kartelle, Löhne und Preise, die Tarifvertragspolitik der Sozialpartner, der technische Fortschritt, die Privatbanken und die Notenbank im Inflationsprozeß spielen. Auch in diesem zweiten Teil werden überaus wichtige Erkenntnisse dargeboten und Tatsachen aufgeheilt: